



Landesverband
Berlin e.V.

AWO Landesverband Berlin Blücherstraße 62 10961 Berlin

Blücherstraße 62
10961 Berlin

Telefon: (030) 253 89 - 251
Telefax: (030) 253 89 - 346
Mobiltelefon: 0172 -632 25 09
E-Mail: claus.foerster@awoberlin.de
Internet: www.awoberlin.de

in Insolvenz
AG Berlin Charlottenburg

Berlin, den 11. November 2011

Pressemitteilung

Ehrenamt muss zentrales Thema werden

AWO fordert Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation“

Mit der Forderung nach einem Unterausschuss für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation im Abgeordnetenhaus hat sich die Berliner Arbeiterwohlfahrt (AWO) heute an die SPD gewandt. Wie der AWO-Landesvorsitzende Hans Nisblé in seinem Schreiben an die SPD betonte, sei den politischen Akteuren zwar grundsätzlich die Bedeutung des Ehrenamts bewusst, es fehle aber an einem Ort im Abgeordnetenhaus, an dem kontinuierlich über Engagementförderung gesprochen werde. Außerdem sei in der Vergangenheit von den Abgeordneten zwar hin und wieder über einzelne Teilbereiche ehrenamtlichen Engagements debattiert worden, nie hätte man aber die ganze Bandbreite und Vielfalt des Ehrenamts in dieser Stadt erörtert. Wer das Ehrenamt wirklich ernst nehme und die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessern wolle, der müsse dafür sorgen, dass künftig Engagementpolitik und -förderung ein zentrales Thema der Berliner Politik wird und bleibt. Um dies zu sichern, müsse ein Unterausschuss eingerichtet werden, so Nisblé.

Die AWO betont seit langem, dass das Thema Ehrenamt in Berlin kein Randthema sei. Immerhin engagierten sich rund eine Million Menschen in dieser Stadt ehrenamtlich. Ohne dieses Engagement ginge der soziale Zusammenhalt in Berlin verloren. Zukünftig werde die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagement sogar noch wachsen. Die AWO warne in diesem Zusammenhang allerdings davor, dass Ehrenamtlichkeit nicht Hauptamtlichkeit ersetzen dürfe. Das Ehrenamt müsse vielmehr das Hauptamt ergänzen. Auch müsse das Ehrenamt dazu führen, dass die Bürger mehr gesellschaftliche und politische Teilhabe erlangten. Hier habe das Abgeordnetenhaus in den nächsten Jahren, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen, so der AWO-Landesvorsitzende.

Als Vorbild für einen Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation“ im Abgeordnetenhaus nannte Hans Nisblé den entsprechenden Unterausschuss des Bundestags. Der Bundestagsunterausschuss hätte durch seine Arbeit dazu beigetragen, politische Anregungen, die Experten zum Thema Engagementförderung entwickelt hätten, auf Bundesebene umzusetzen. Das Land Berlin habe in den letzten Jahren mehrfach wissenschaftliche Untersuchungen in Auftrag gegeben, um das ehrenamtliche Engagement in Berlin auszuleuchten und Entwicklungstendenzen aufzuzeigen. Die sogenannten Berliner Freiwilligensurveys hätten Stärken und Defizite im Bereich bürgerschaftlichen Engagements verdeutlicht und politische Handlungsanweisungen vorgeschlagen. Es ist nun die Aufgabe des Abgeordnetenhauses, diese Handlungsempfehlungen umzusetzen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung unter den Telefonnummern (030) 253 89 -251 oder 0172 - 632 25 09.

Mit freundlichen Grüßen

Claus Foerster,
Ehrenamtsbeauftragter